

Angelo Bolaffi / Giacomo Marramao *Wer hat Angst vor Bad Godesberg?*

Zur Bedeutung einer in der italienischen Publizistik gängigen Metapher:

Unter welchen Bedingungen kann die aktuelle Diskussion fruchtbar gemacht werden?

(1.)

Das Thema 'Bad Godesberg', das schon in den vergangenen Jahren in der italienischen politischen Publizistik immer wieder auftauchte, ist wieder in die aktuellen Schlagzeilen zurückgekehrt und füllt nun sogar die Spalten angesehenen Tageszeitungen.¹ Hinter dieser erneuten Beliebtheit wirken augenscheinlich tiefgreifende politische Ursachen, die über die jeweiligen polemischen Anlässe hinausgehen. Aber es bleibt die Tatsache, daß 'Bad Godesberg' eine Metapher ist. Und diese Metapher muß in der italienischen Diskussion erst noch aufgelöst und präzisiert werden: in der vielfarbigem Tonleiter ihrer Inhalte und der (wie wir im Folgenden zeigen werden) nicht immer klaren Bedeutung ihrer Anspielungen und ihrer historischen Bezugspunkte. Diejenigen, die heute die Metapher 'Bad Godesberg' verwenden, haben zwei Koordinaten der komplexen politischen Situation der europäischen Linken vor Augen: die schwierige Vermittler- und Schiedsrichterrolle, die heute die deutsche Sozialdemokratie im Felde der internationalen Spannungen übernimmt, einerseits; die politische Entwicklung der italienischen kommunistischen Partei im mühsamen Prozeß einer kulturellen und strategischen Neudefinition der italienischen Linken andererseits.

Jedoch muß überraschen, wie sehr die italienische Publizistik, wenn sie dieses Thema im Munde führt, einige Schlüsselbegriffe aus der Debatte innerhalb der europäischen Sozialdemokratien regelrecht banalisiert hat. Man braucht nur an die ungenierte Art und Weise zu denken, in der Bettino Craxi und ein Teil des intellektuellen Dunstkreises der sozialistischen Partei einen komplexen Begriff wie den der »Regierbarkeit« auf die bloße Frage einer passenden Regierungskoalition heruntergebracht haben (während dieser Begriff in den Analysen europäischer und amerikanischer Politologen ein Strukturproblem des heutigen kapitalistischen Staates bezeichnet: nämlich die wachsende Schwierigkeit, die vielfältigen innerhalb der entwickelten Industriegesellschaften auftretenden Interessen und soziokulturellen Triebkräfte zu regieren – solange man *innerhalb* des politisch-institutionellen Gleichgewichts verbleibt, wie es sich nach dem zweiten Weltkrieg in der Mehrzahl der westlichen Demokratien herausgebildet hat²). Und auch der Ausdruck »gesellschaftliche Komplexität« wurde nicht etwa nach seinen Angelpunkten und Strukturelementen spezifiziert und gegebenenfalls für seine Anwendung modifiziert, sondern einfach als Fetisch oder als Propagandaparole behandelt, die für jeden Gebrauch gut genug war. Das Bild von Gesellschaft, das mit dieser theoretischen Schablone zum Ausdruck gebracht werden konnte, gleicht einer wirbellosen Masse: eine Art von umherflatterndem Gespenst, in dem sich gesellschaftliche Strukturen und Hierarchien nicht etwa verlagert und umgebildet, sondern einfach verflüchtigt und aufgelöst haben. Statt also endlich mit den notwendigen Analysen darüber zu beginnen, welche Veränderung die Dynamik der kapitalistischen Gesell-

schaften in den letzten beiden Jahrzehnten durchgemacht hat, wurde mit bohrender Monotonie der Refrain wiederholt, daß der (von Adam Smith und Karl Marx untersuchte) »klassische« Kapitalismus nunmehr endgültig untergegangen sei. Und weiter: anstatt auf theoretisch konstruktive Weise an eine Bestandsaufnahme der neuen Phänomene heranzugehen, die sowohl die traditionellen marxistischen Diagnosen als auch den für die bis Ende der 60er Jahre vorherrschenden makro-soziologischen Modelle struktur-funktionalistischer Prägung charakteristischen Optimismus über die Expansionsfähigkeit des kapitalistischen Systems Schachmatt gesetzt haben, wird uns das – nicht weniger summarische und rhetorische – Bild eines Kapitalismus vorgesetzt, der gleichzeitig zersetzt und vielgestaltig sei, beständig in der Schwebelage zwischen seiner eigenen Auflösung als »System« und seinem Versinken – oder neue Zuflucht suchen – »unter der Oberfläche«.

(2.)

Sehr zutreffend hat vor einigen Monaten Gian Enrico Rusconi bemerkt, daß »Bad Godesberg in unserer politischen Sprache eine etwas mythische Formel geworden« sei, die mit dem historischen Bad Godesberg, d.h. mit dem Programm, das die SPD auf ihrem berühmten Parteitag von 1959 verabschiedet hat, nun mehr sehr wenig zu tun hat. Im Gegensatz zu dem, was man uns oft glauben machen will, enthält jenes Programm nämlich weder eine ausgearbeitete Doktrin über den institutionellen und Parteien-Pluralismus noch eine Philosophie der Alternanz im Wechsel von Regierung und Opposition. Selbst die Abkehr vom Marxismus fand – worauf Rusconi ebenfalls hinwies – »nicht unter den Vorzeichen statt, die sich eine gewisse italienische Publizistik erwarten würde.«³ Dies gesagt, sind wir natürlich weit entfernt davon, sei es die historische Bedeutung des Godesberger Programms zu leugnen, sei es den Charakter des Bruchs, den es gegenüber der gesamten ideologischen Tradition der Sozialdemokratie bedeutet hat und der – mit entgegengesetzter Bewertung – übereinstimmend anerkannt wird sowohl von der linken Kritik (deren beste und scharfsichtigste Vertreter Wolfgang Abendroth⁴ und, in Italien, Enzo Collotti⁵ sind) als auch von der apologetischen Lektüre.

Dennoch muß der Ausgangspunkt der Analyse ein anderer sein als der des ideologischen Einschnitts; er muß die Komplexität der Wende von Bad Godesberg einbeziehen: eine Komplexität, die nur für den erkennbar wird, der auf diese Erfahrung jenseits der ideologischen Frontstellungen und jenseits der allzu einfachen ideologischen Stammbäume zu blicken vermag. Denn in der Tat bestätigen die politischen Auswirkungen jenes »Einschnitts« keine der beiden linearen Sichtweisen; weder die »orthodox« marxistische, die in ihm das Zeichen der völligen Unterordnung der Sozialdemokratie unter die Logik der Macht der Monopole erblickt, noch die apologetische Sichtweise, die ihn zum einzigen politisch-kulturellen Modell für eine Arbeiterpartei hypostasiert, die die eigene Praxis an die Probleme einer modernen Industriegesellschaft anpassen will. Der einzige Interpretationsschlüssel, der für Zwecke der Erkenntnis (aber auch der Politik) produktiv zu werden vermag, besteht damit in dem Versuch, eine vorurteilsfreie Kosten-Nutzen-Analyse des mit dem Godesberger Programm vollzogenen Bruchs zu betreiben. Wenn die gegenüber bestimmten Aspekten der marxistischen Tradition vollzogene Säkularisierung von Begriffen wie »Klasse« und »politischer Praxis« und der qualitative Sprung hin zu einer Kultur der Regierungsverantwortung⁶ die unbestreitbaren positiven Errungenschaften der Wende von

Bad Godesberg darstellen (und damit die Horizonte der alten Querele über den »Revisionismus« bei weitem überschreiten), so sind die analytischen und »perspektivischen« Beschränkungen, die die Operation Bad Godesberg mit sich brachte, ebenso unbestreitbar: Nicht zufällig werden diese heute innerhalb der SPD selbst infrage gestellt. Bei genauerem Hinsehen fungiert nämlich die brillante und umsichtige Außenpolitik von Helmut Schmidt – was übrigens bei der Diskussion um »Modell« Bad Godesberg allzu oft mit Schweigen übergangen wird – als Dach, das über merkliche partei-interne Schwierigkeiten gestülpt wird, und als Kitt für die Vielzahl an gesellschaftlichen Erwartungen und organisierten Interessen, aus denen sich die Wählerbasis der SPD zusammensetzt. Es ist sicher überflüssig, noch einmal zu unterstreichen, wie lebenswichtig die Anstrengungen sind, die die Außenpolitik der bundesdeutschen Regierung für die Sache der Entspannung und für jene autonome Rolle Europas unternimmt, ohne die nicht einmal auf lange Sicht eine Entwicklung der demokratischen Dialektik innerhalb der einzelnen europäischen Staaten denkbar wäre. Hier soll vielmehr ein Aspekt unterstrichen werden, der auch vom Verlauf des derzeitigen Wahlkampfes zu den wichtigen Bundestagswahlen des 5. Oktober lautstark bestätigt wird: Wiederum zeigt sich auf der Bühne der deutschen Geschichte die traditionelle »Funktionalität« der Außenpolitik für die Erfordernisse der Regierbarkeit nach innen. Der Kampf um die Definition der tragenden Linien der Außenpolitik stellt sich somit – in der praktisch bipolaren Struktur des politischen Systems der BRD – als Kampf um die Angliederung eines regelrechten »politischen Mehrwerts« dar.⁷

(3.)

Eine aufmerksame kritische Neuüberprüfung der Wende von Bad Godesberg kann also dazu dienen, auf die Funktionsweise eines politischen Mechanismus Licht zu werfen, der kaum auf eine gradlinige Tendenz zurückgeführt werden kann. Wir haben oben bereits an die grundlegende positive Errungenschaft jener Wende erinnert, die in der Überwindung eines Dilemmas besteht, das in der Weimarer Republik zur inneren Zerrüttung und Paralyse der größten europäischen Arbeiterpartei geführt hat: Diese Errungenschaft der SPD nach Bad Godesberg liegt in der Kombination von *sozialer Sicherung* (also dem Vortreiben und Bewahren eines Netzes von Garantien in der Lohnpolitik wie in der Sozialgesetzgebung, die sich für die deutsche Arbeiterklasse als lebenswichtig herausgestellt haben) und *Regierungsverantwortung*.⁸ Freilich ist die Kehrseite dieser Errungenschaft ebenso ansehnlich. Aber sie sollte nicht allein in einer allgemeinen »Abkehr« von marxistischen Postulaten gesucht werden und ebenso wenig in der (wenig bemerkenswerten) Verflüchtigung des alten sozialistischen »Endziels« im vernebelten Himmel ethischer Grundwerte; sondern viel eher in der naiv-optimistischen Vorstellung von den Wachstumsmöglichkeiten der »Sozialen Marktwirtschaft«, die als die »bestmögliche Form« der fortgeschrittenen Industriegesellschaft begriffen wird, deren naturgemäßer Rahmen (aber auch unüberschreitbarer Horizont) der »soziale Rechtsstaat« vorstellen soll.

Die stark staatsfixierte und institutionalistische Neigung dieser Konzeption steht wenigstens nach einer Richtung in direkter Kontinuität zu den Vorzeichen, in denen bereits die weimarer SPD die Ziele ihres »antimonopolistischen Kampfes« definiert hatte. Dieser nämlich fiel in letzter Konsequenz zusammen mit der Befreiung des Staates von den Interessenbanden der privatwirtschaftlichen Monopolgruppen. »Staat und Gesellschaft dürfen

nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden« heißt es im Abschnitt »Eigentum und Macht« des Godesberger Programms. Daraus folgt dann eine Entwicklungsvorstellung von Sozialismus als beständig fortschreitende Ausweitung der Kontrolle der öffentlichen Hand: diese öffentliche Kontrolle würde die monopolistischen »Disfunktionen« oder »Verzerrungen« beseitigen, die das korrekte Funktionieren des Marktmechanismus behindern. Eine weitere Folge dieser sozialdemokratischen Tradition ist eine Vorstellung der Politik als ausschließlichem Hoheitsgebiet der bürokratischen Verwaltungsapparate und der institutionalisierten Organisationen (Gewerkschaft und Partei). Nach einer anderen Richtung hingegen ist das Godesberger Programm geprägt von Bestimmungen, die selbst gegenüber der reformistischen Praxis der 20er Jahre neu sind; denn die Situation hat sich verändert und ist komplexer geworden. Das Problem liegt daher nicht darin, dieses Programm von außen her einer »Ideologiekritik« zu unterziehen, sondern zu versuchen, *von innen* seine Grenzen gegenüber der Dynamik der tatsächlichen Entwicklung zu bestimmen.

Die praktische Entsprechung zur Ideologie der »sozialen Marktwirtschaft« – oder ihre operative Seite – besteht in einem *deflationistischen Modell von Wirtschaftspolitik*: In einem solchen Politikmodell werden die Handlungsspielräume im politischen Rahmen geleitet von der axiomatischen Annahme, daß es möglich sei, alle Variablen des Systems, die Konflikte implizieren könnten, *völlig vorherzubestimmen* (bzw. der umgekehrten Annahme, daß es keine unabhängigen Variablen gibt... allenfalls als Ausbund schlechtester Ideologie). Ein solches Politikmodell aber – und hier liegt der entscheidende Punkt – kann nur funktionieren über eine rigide Kontrolle der Kanäle der politischen Repräsentation (Fünf-Prozent-Klausel) und eine programmatische Handlungsabstimmung zwischen Gewerkschaft, Partei und Regierung. In diesem Zusammenhang sind also sowohl die Einkommenspolitik als auch die *Berufsverbote* alles andere als Zufallserscheinungen, sondern folgen direkt aus diesem starren politisch-ökonomischen Deflationsmechanismus, der für lange Zeit mit der antikommunistischen Ideologie gefestigt wurde.

Es wäre aber nicht alleine voreilig, sondern völlig verfehlt, wollte man aus dieser Feststellung eine gradlinige autoritär-repressive Entwicklungstendenz ableiten, wie dies die meisten linken Kritiker des »Modells Deutschland« getan haben. Wie sich nämlich in der Entwicklung der politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre in Westdeutschland herausgestellt hat – und wie es auch Claus Offe in seinen jüngsten Arbeiten⁹ unterstrichen hat –, muß der bundesdeutsche »Neokorporatismus« in mehrfacher Hinsicht als Sonderfall angesehen werden. Die Praxis der *Sozialpartnerschaft* hat sich schließlich nicht nur als Einengung, Zwang und Blockierung erwiesen, sondern vor allem als Utopie. Denn die Ergebnisse der sozialdemokratischen Sozialpolitik haben einen 'Boomerang-Effekt' hervorgebracht, indem sie zu einer Reihe von Kräften und Gegenkräften führten, aus denen sich neue konfliktgeladene Spannungen und neue soziokulturelle Verhaltensmuster entfesselt haben: Man braucht nur an die Verbreitung zu denken, die 'alternative' Lebensmodelle und Verhaltensweisen in den großen bundesdeutschen städtischen Zentren gefunden haben und durch die die Ideologie der *Leistungsgesellschaft* und die (gerade für die deutsche industrielle Tradition eigentümlichen) hierarchischen Formen von Disziplinierung infrage gestellt werden. Und zuletzt an das massenhafte Phänomen der »Grünen«, deren politische Bedeutung darin gesehen werden muß, daß mit ihnen die Kritik an den herrschenden Werten aus dem ideologischen Getto der »Außerparlamentarischen Opposition« der 60er Jahre (und ihrer nahezu ausschließlich studentisch-intellektuellen Zusammensetzung) ausbrach und sich auf »mittelständische« Gesellschaftsschichten ausbreitete, die gewisse Ana-

lysen schon als endgültig in das »eindimensionale« Universum des Spätkapitalismus integriert gesehen hatten.

Eine wirklich »weltliche« (und nicht mythologisierende) Analyse der Auswirkungen von Bad Godesberg und von über einem Jahrzehnt sozialdemokratisch geführter Bundesregierung muß sich deshalb mit folgendem Umstand auseinandersetzen: Die Sicherung des relativen Wohlstands und die relative Verteidigung des Beschäftigungsstands (für die deutschen Arbeitskräfte) ist der Sozialdemokratie nur um den Preis gelungen, daß sie den Rahmen möglicher gesellschaftlicher Konflikte in engen Grenzen hielt. In den letzten Jahren sind jedoch neue Subjekte in gesellschaftlichen Konflikten hervorgetreten, die sich dem Dreiecksverhältnis Staat – Unternehmen – Gewerkschaft entziehen. Gleichzeitig tat sich ein beträchtlicher Abstand auf zwischen der Arbeiterbasis – die die eigenen durch die Mitbestimmung institutionalisierten Machtpositionen von den Rationalisierungstrends bedroht sieht – und der Gewerkschaft (die sich somit in der Klemme befindet zwischen Arbeiterforderungen einerseits und der Krise des auf den »korporativen Austausch« gegründeten Legitimationsmodells andererseits). Diese Erfahrungen unvorhergesehener gesellschaftlicher Konfliktzonen machen deutlich, daß es objektiv schwieriger wird, beim Stapellauf staatlicher Interventionsmaßnahmen ihr endgültiges Volumen innerhalb vorab festgelegter Grenzen zu halten; die wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen lassen sich immer weniger vorherbestimmen. Damit aber ist unweigerlich jene Stabilität der Ausgangsbedingungen zerbrochen, die zu den unverzichtbaren Voraussetzungen jedes keynesianischen Rezepts gehört und im vorliegenden Fall zur deflationistischen Philosophie, wie sie dem wirtschaftlichen »Erfolgsmodell« Deutschland zugrundeliegt.

(Dabei haben wir in unserer aufs Skelett reduzierten Analyse des »Erfolgsgeheimnisses« der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik offenkundig darauf verzichten müssen, die soziale wie politische Stoßdämpferfunktion zu untersuchen, die die enorme Masse der eingewanderten Arbeitskraft gespielt hat: sei es in Bezug auf die Manövriermasse, die sie für betriebsinterne Umstrukturierungen dargestellt hat, sei es für die Rolle, die die ausländischen Arbeiter bei der Kontrolle und Einschränkung der Auswirkungen des Generationenwechsels der internen Arbeiterklasse auf dem Arbeitsmarkt gespielt haben und die die typischen sozialen Spannungen zwischen einzelnen Sektoren und Generationen der Arbeitskräfte, wie sie in so unterschiedlichen Situationen wie Italien und den USA in beträchtlichem Ausmaße aufgetreten sind, mit verhindert hat.)

Eine genauere Untersuchung der besonderen Stabilität der Ausgangsbedingungen der BRD entkräftet also ernsthaft die weitverbreitete These, wonach das »neokorporative« Modell in angemessener Weise die »materielle Verfassung« für spätkapitalistische Gesellschaften darstellt. Diese These wird übrigens ebenso durch einen ernsthaften Vergleich zwischen den in der Mehrzahl der westlichen Demokratien herrschenden Systemen der industriellen Beziehungen wiederlegt.

Die skizzierten realen Entwicklungen sind es aber auch, die in ihrer Dynamik dazu führen, auch innerhalb der SPD (wie man auf ihrem letzten Parteitag im Dezember 1979 beobachten konnte) die falsche 'Entzauberung' der marxistischen Kapitalismuskritik infrage zu stellen, die dem Godesberger Programm zugrunde liegt, und deren ungelöste Knotenpunkte in den handgreiflichen Aporien der sozialdemokratischen Regierungspraxis zum Vorschein kommen: Der erste dieser Knotenpunkte besteht in der *Verbannung jedes Moments von Antagonismus* aus dem harmonistischen Blickwinkel der SPD, der »auf unkritische Weise die Zielsetzung demokratischer Teilhabe der Bürger mit einer optimistischen

Vorstellung der (kapitalistischen) Wirtschaftsentwicklung verknüpft«, in der »eine der Dynamik der entwickelten Industriegesellschaft angemessene Konzeption des industriellen wie des gesellschaftlichen Konflikts völlig fehlt«. ¹⁰ Zweitens: der Anspruch, mit dem Godesberger Programm einen qualitativen Sprung von der »Klassenpartei« zur »Staatspartei« zu begründen, die jedoch (wie die alte »Klassenpartei«) auf einer ausschließlich *vertikalen Funktion der politischen Repräsentation* beruht. So wurde zwar der Klassenbegriff 'säkularisiert' (d.h. die Arbeiterklasse wurde auf eine soziale Gruppe unter anderen reduziert), paradoxerweise wurde jedoch das integralistische und industrialistische Modell des Verhältnisses von Klasse (bzw. Gewerkschaft) und Partei beibehalten. Eine tiefgreifende Revision der traditionellen marxistischen Einstellung gegenüber dem Staat – die zu einer modernen Neubestimmung der Aufgaben der Arbeiterpartei innerhalb des politischen Systems führte – wurde also bei der Wende von Bad Godesberg nicht von einer parallelen Erneuerung des traditionellen Verhältnisses von Partei und Gesellschaft begleitet. Im Lichte dieser kritischen Diagnose kann man dann auch die polemische Bemerkung von Wolfgang Abendroth ¹¹ aufgreifen: allzuoft wurden – so Abendroth – auch in der jüngsten Geschichte der deutschen Sozialdemokratie die Prozeduren politischer Entscheidungsfindung mit einem »quasiblebisitären Verfahren« gelöst, das nicht weniger schwerwiegend in seiner Abschottung gegenüber der Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung, aber auch gegenüber der inneren Dialektik der Partei ist als die schädlichen Auswirkungen, wie sie von sozialistischer und sozialdemokratischer Seite traditionsgemäß dem »demokratischen Zentralismus« der westlichen kommunistischen Parteien angelastet werden.

(4.)

Wenn die bisher entwickelte Analyse in ihren allgemeinen Linien zutreffend ist, dann müßte aus ihr offenbar werden, auf welch unzulässigen Vereinfachungen diejenigen Positionen beruhen, die das 'Modell Bad Godesberg' als Rezept anbieten, das alle Übel der italienischen Situation zu kurieren vermag. Umgekehrt: Erst wenn man aus der propagandistischen Gegenüberstellung vom besonderen 'Fall Italien' ¹² hier und der Allgemeingültigkeit von 'Modell Deutschland' dort heraustritt, kann man sich die Möglichkeit erschließen, auf politisch produktive Weise diese beiden Erfahrungen zu vergleichen, die so verschieden und 'asynchron', aber auch so 'zeitgenössisch' und entscheidend für die Perspektiven der europäischen Linken sind. Vielleicht kommt Italien und Deutschland, gerade weil sie sich in ihrer Geschichte und ihrer Struktur auf entgegengesetzten Polen anzusiedeln scheinen, eine beispielhafte Bedeutung zu. Denn die Situation beider Länder signalisiert, daß in der aktuellen Phase der Transformation der europäischen Demokratien neue, miteinander eng verknüpfte Phänomene auftreten, die mit zwei typischen Ausdrucksformen der *Krise des Welfare-State* zusammenfallen: 1. die Blockierung des ungehinderten Kreislaufs zwischen politischem System und Gesellschaft; 2. das Entstehen jener Konstellation von neuen Verhaltensweisen, Lebensformen, Identitätsmustern und 'Werten', die wir unter dem Ausdruck 'nach-politisch' zusammenfassen können. 'Typisch' wird die Entwicklung von Westdeutschland und Italien durch die symmetrischen Ergebnisse, zu denen hier das 'deflationistische' bundesdeutsche Modell, da das 'inflationistische' italienische Modell geführt hat. Denn in beiden Fällen stößt die Kurve der Entwicklung von 20 Jahren Staatsinterventionismus nunmehr auf die Gefahr eines Auseinanderdriftens von politischem Sy-

stem und 'Lebenswelten'¹³. Dieser neuralgische Punkt stellt sich in Deutschland als Notwendigkeit dar, die engen Grenzen des politischen Systems durch seine horizontale Öffnung gegenüber der Komplexität der gesellschaftlichen Nachfrage zu überwinden – in Italien hingegen als Notwendigkeit einer tiefgreifenden Reform eines verstopften und unfähigen Institutionensystems, das auch auf der Ebene politischer Strukturen Inflation produziert, indem es unentwegt fortfährt, sich selbst Legitimation dadurch zu beschaffen, daß es die von ihm selbst mitgeschaffenen Triebkräfte zu einer Veränderung beständig programmatisch entwertet und zerstückt.

Ein weiterer Hinweis auf diese 'Symmetrie der Gegensätze' liegt in der politischen Rolle, die in beiden Ländern die Zentralbank spielt. In der BRD ist es ihre Rolle, die 'niederen Instinkte' der Wirtschaft *präventiv* zu unterdrücken (und zwar nicht nur gegenüber Lohnforderungen, sondern auch gegenüber privaten und monopolistischen Interessengruppen; weswegen Habermas und Offe zu Recht auf das Widerspruchspotential hingewiesen haben, das zwischen sozialdemokratischer Sozialpolitik und kapitalistischem Profit besteht). In Italien ist sie bloßes Manövriermittel der Geldpolitik, das *am Ende* der Inflationsspirale als letzte Zuflucht eingesetzt wird und zum 'Teufelskreis' einer wilden Deflation führt, deren einziges Ergebnis eine weitere Restriktion der produktiven Basis des Landes ist. Wir wollen damit natürlich nicht in das alte naive Dilemma »Deflation oder Inflation« zurückfallen. Sollte uns doch gerade die Geschichte der großen europäischen Sozialdemokratien (und insbesondere der Weimarer SPD) über die Gefahr einer einseitig deflationistischen Haltung belehren: Haben doch Keynes und Kalecki unwiderruflich bewiesen, daß die Deflation immer ein politisches Instrument zum Angriff auf die ökonomischen und Machtpositionen der Arbeiterklasse und zur Wiederherstellung autoritärer politischer Gleichgewichte darstellt. So haben sich auch in Italien innerhalb der Inflation wichtige Fortschritte an Kampfpositionen der Arbeiterklasse ergeben, eine enorme Ausweitung der gesellschaftlichen Konfliktfelder und eine außerordentliche Verbreitung und Vergesellschaftung von Politik. Dies hindert freilich umgekehrt nicht daran, daß auf lange Sicht ein unkontrollierter inflationärer Prozeß ein Hindernis dafür darstellt, daß sich die gewachsene 'gesellschaftliche Komplexität' auch in höhere 'politische Komplexität' übersetzen kann und daß die in den Kämpfen der letzten Jahre eroberten Errungenschaften eine Reform des Staates und eine Neubestimmung der Aufgaben der Regierung produzieren.

Andererseits zeigen gerade die Folgeentwicklungen der Wende von Bad Godesberg, wie illusorisch es ist, eine Antwort auf die institutionelle Frage in einer alles neu zusammensetzenden Utopie zu suchen. Um so überraschender ist es darum, daß ausgerechnet diejenigen, die mit dem stärksten Nachdruck nach einem 'italienischen Bad Godesberg' rufen, zwar einerseits den Kommunisten eine integralistische Neigung zur »konsoziativen Demokratie«¹⁴ ankreiden, selbst jedoch periodisch immer wieder Lösungsvorschläge aus der Tasche ziehen, die auf eine rigide Einschränkung des Spielraums für gesellschaftliche Konflikte hinauslaufen – etwa in die Richtung einer Reduktion der Funktion der Gewerkschaften auf einen bloßen institutionellen Transmissionsriemen mit dem Monopol auf gesellschaftliche Konfliktfähigkeit.¹⁵

(5.)

Das Problem, das sich beim kritische Vergleich der beiden 'Modelle' mit Macht in den Vordergrund drängt, ist genau das Problem, auf das die europäische Linke heute eine klare Antwort finden muß, um ihre strategische Sackgasse zu überwinden: es ist das Problem der *Vereinbarkeit zwischen Vollbeschäftigungspolitik und konfliktueller Demokratie*. Das muß dazu führen, das falsche Dilemma zu überwinden, das sich die Arbeiterbewegung selbst gestellt hat, als sie die doppelte Gleichung Kämpfe = Opposition, Regierung = durch 'Sachzwänge' eingeschränkter Spielraum aufstellte und sie als historischen Bruch zwischen ihren beiden großen Komponenten, Kommunisten und Sozialdemokraten, durchlebte.

Die Zielvorstellung einer konfliktuellen Demokratie aufzunehmen bedeutet, die 'Säulen des Herkules' über die engen Grenzen hinaus zu schieben, die das keynesianische Paradigma der Vollbeschäftigungspolitik auferlegt hatte und die durch die Vereinbarkeit zwischen Einkommenspolitik und einem Sozialpakt gesteckt werden, der durch die Ideologie der Arbeit als Wert, durch die kapitalistisch-'laboristische'¹⁶ Arbeitsethik zusammengehalten wird. Jeder Versuch, sich um dieses Hindernis herumzumogeln, käme einem Rückfall in die repressive Utopie gleich, nach der die Vollbeschäftigung nur um den Preis einer drastischen Reduktion jener Komplexität möglich wäre, die gleichzeitig das *politische Produkt* und das *fortschrittliche Resultat* des keynesianischen Interventionsstaates ist. Damit aber wird gleichzeitig offenbar, wie sehr die Entgegensetzung von 'Autonomie des Politischen' und 'Autonomie des Sozialen'¹⁷, wie sie die theoretische Diskussion der italienischen Linken in den 70er Jahren durchzog, hinter der Zeit zurückgeblieben ist. Beruht doch eben diese Gegenüberstellung auf dem Postulat, daß die Radikalität und die horizontale Ausweitung der gesellschaftlichen Konflikte per definitionem unvereinbar seien mit jenem 'institutionellen Weg', den sich die Arbeiterbewegung zu beschreiten anschickt. An diesem Punkt aber erweisen sich auch die theoretischen Schlußfolgerungen als verfehlt, zu denen die Gruppe der *Rivista trimestrale* gelangt ist¹⁸ (und die von Eugenio Scalfari als theoretische Basis des 'italienischen Bad Godesberg' begrüßt worden sind¹⁹). In dieser Analyse scheint nämlich in der Tat die Behauptung, der von staatlichem Interventionismus geprägte Kapitalismus habe seinen 'Systemcharakter' verloren, den Weg zu einer Vorstellung des Primats der Politik unter den Vorzeichen einer 'organischen Demokratie' zu öffnen. Ausserdem gibt diese Analyse vor, der Krise der Modelle totaler staatlicher Planung einfach mit dem Rückzug auf einen im Grunde neutralisierenden Begriff des *Marktes* begegnen zu können, der den Markt als bloß technisches Instrument behandelt, anstatt in ihm die historisch bestimmte Resultante von *Machtverhältnisse* zu sehen.

Wenn somit die kritische Reflexion über die neuere Erfahrung der deutschen Sozialdemokratie seit Bad Godesberg die italienische Linke einerseits dahin führt, sich ernsthaft mit jener »Kultur der Regierung« auseinanderzusetzen, ohne die die Rede von der »Kultur der Transformation«²⁰eine rhetorische Floskel bleibt, so wird der italienischen Linken andererseits ein Problem ungelöst übermittelt, das erst noch nach seinen Bestandteilen zu bestimmen und zu entwirren ist: nämlich das Problem der Verbindung zwischen *Demokratie*, *Konflikt* und *Innovation*. Wird dieses Problem in seiner ganzen Tragweite erfaßt, so impliziert es eine tiefgreifende kulturelle Erneuerung, die nicht schmerzlos sein kann, da sie alle 'synthetischen' (staatsfixierten oder institutionalistischen) Versuchungen in Krise versetzt, die die Gesamtheit aller Erfahrungen des 'realen Sozialismus' charakterisiert hat (wobei wir

auch die Regierungspraktiken der Sozialdemokratie als wesentlichen Bestandteil des 'realen Sozialismus' ansehen).

Wir können dann *per Kontrast* von Bad Godesberg lernen, daß Demokratie nicht allein Konsens und Teilnahme, sondern auch Dissens und Innovation bedeutet. Aber die Innovation muß gleichzeitig auf zwei Ebenen stattfinden, die zusammengenommen die Koordinaten einer *möglichen demokratischen Regierbarkeit komplexer Gesellschaften* darstellen: auf der Ebene der spezialistischen Praxisformen und Kompetenzen, die von einer immer vielgliedrigeren funktionalen Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit und des Wissens hervorgebracht werden; und auf der Ebene des politischen Systems im engen Sinne.

Was die aktuelle Situation der Linken angeht, so ist eine derartige Verbindung der beiden Ebenen sicher nicht gegeben. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir mehr an politischem Engagement und theoretischer Phantasie.

Doch hier liegt auch die wahre Vorbedingung dafür, den gesellschaftlichen Konflikt in eine politische Produktivkraft von Transformation zu übersetzen. Das ist schwierig? Es ist möglich.

(Übersetzung Otto Kallscheuer)

Anmerkungen

(Alle Anmerkungen stammen vom Übersetzer und sollen die Bedeutung einiger Begriffe in der italienischen 'politischen Sprache', die impliziten Bezugspunkte und Literaturverweise der Autoren explizit machen. Auf eine eigene inhaltliche Kommentierung wurde dabei verzichtet. Siehe dazu die folgende Nachbemerkung von O. Kallscheuer in diesem Heft.)

- 1 vgl. E. Scalfari, »La Bad Godesberg dei comunisti«, in: *La Repubblica*, 29.8.1980.
- 2 vgl. den Überblick über diese Theorien bei Claus Offe, »Unregierbarkeit'. Zur Renaissance konservativer Krisentheorien«, in: Jürgen Habermas (Hg.), »Stichworte zur 'Geistigen Situation der Zeit'«, Bd. 1, Frankfurt/M. 1979, S. 294 ff.
- 3 G.E. Rusconi, »Bad Godesberg è un modello?«, in: *il mulino*, N. 6/1979, S. 920.
- 4 Wolfgang Abendroth, »Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie«, Köln 1978 (4. erweiterte Auflage, die in italienischer Übersetzung beim kommunistischen Parteiverlag Editori Riuniti erschienen ist).
- 5 Enzo Collotti, »Esempio Germania«, Milano (Feltrinelli) 1977.
- 6 Der hier auf die Sozialdemokraten angewandte Begriff der »cultura di governo« hat im italienischen Kommunismus eine lange Tradition, sollte doch auch die jahrzehntelange Opposition der KPI, seitdem sie 1947 mit dem Beginn des 'Kalten Krieges' aus der Regierung ausgeschlossen worden war, nach den Vorstellungen Palmiro Togliatti's durch eine 'Kultur der nationalen und Regierungsverantwortung' gekennzeichnet sein. Vgl. auch zu diesem Problem Altvater/Kallscheuer (Hg.), »Den Staat diskutieren«, Berlin 1979, Einleitung, S. 8 ff.
- 7 Vgl. zum Begriff »politischer Mehrwert« und seiner Verwendungsweise Carl Schmitt, »Die legale Weltrevolution. Politischer Mehrwert als Prämie auf juristische Legalität und Superlegalität«, in: *Der Staat*, Bd. 17 (1978), S. 321 ff.
- 8 s. G.E. Rusconi, a.a.O., S. 921.
- 9 C. Offe, »Strukturprobleme des kapitalistischen Staates«, Frankfurt/M. 1972; C. Offe, »Unregierbarkeit«, a.a.O.
- 10 G.E. Rusconi, a.a.O., S. 939.

- 11 vgl. »Oltre la seconda e la terza internazionale« Interview mit W. Abendroth (von A. Bolaffi), in: *Rinascita*, N. 26, 1.7.1977.
- 12 'caso italiano' ist der Sammelbegriff für die historischen und politischen Besonderheiten der italienischen Gesellschaft, wie die 'Unterentwicklung' des Südens, die Verfilzung der Christdemokratie mit der Staatsmacht, aber auch die besonderen Erfahrungen und Lernprozesse der italienischen Arbeiterbewegung und die für den kapitalistischen Westen einzigartige Stärke und demokratische politische Kultur der kommunistischen Partei. Darum betont der klassische 'linke Flügel' der KPI (Ingrao, Trentin), diese 'Besonderheit' der italienischen Arbeiterbewegung zeige fortgeschrittene, auch für andere kapitalistische Länder richtungsweisende Auswege aus der allgemein in der kapitalistischen Welt zu beobachtenden 'Krise des Wohlfahrtsstaates' auf. Vgl. P. Ingrao, »Massenbewegung und politische Macht«, Hamburg 1979, Einleitung.
- 13 im Original deutsch: Der von der Husserl'schen Phänomenologie geprägte Begriff der 'Lebenswelt' ist in der politischen Gegenwartsanalyse zuletzt fruchtbar gemacht worden von Jürgen Habermas in seiner Einleitung der von ihm herausgegebenen »Stichworte zur 'Geistigen Situation der Zeit'«, Bd. 1, a.a.O., v.a. S. 27 ff.
- 14 Der Begriff der »konsoziativen Demokratie« wurde Ende der 60er Jahre entwickelt, um politische Systeme zu bezeichnen, die eine starke *ideologische* und/oder subkulturelle *Blockbildung* der Hauptparteien vereinen mit einer *pragmatischen Zusammenarbeit* der Parteispitzen in Regierungen, die auf große Koalitionen gegründet sind und ein Abwechseln von Regierungs- und Oppositionspartei nach angelsächsischem Muster verhindern. Vgl. A. Lijpart, »Typologies of democratic systems«, in: *Comparative Political Studies*, vol. I. (1968), S. 3-44. Viele Theoretiker der sozialistischen Partei (z.B. Tamburrano) oder der vormals Neuen Linken (z.B. Frederico Stame) argwöhnen hinter der Formel des 'historischen Kompromisses' eine solche Perspektive, die zwar die (katholische und kommunistische) ideologischen Lagermentalitäten der Gefolgschaft von DC und KPI beinhalten, aber jede politische Konfliktualität ausschalten könnte. S. für eine kritisch zusammenfassende Diskussion Luigi Graziano, »Compromesso Storico e democrazia consociativa: verso una 'nuova democrazia'?« in: L. Graziano/S. Tarrow (Hg.), »La crisi italiana«, Turin (Einaudi) 1979, Bd. 2, S. 719 ff.
- 15 Symptomatisch in dieser Hinsicht ist der in *Mondo Operaio*, N. 4/1980 erschienene Artikel von A. Bellocchio, »Il sindacato e la nuova classe operaia«, S. 27 ff.
- 16 »Laborismus« (wie: Labour-Party) lautet der Begriff, unter dessen Fahne B. Craxi sich zum Anwalt des 'italienischen Bad Godesberg' macht: eine ideologisch sozialdemokratische Wende, die aber (im Gegensatz zu 'Modell Deutschland') ohne *repressive* Züge und mit *keynesianischen*, nicht deflationistischen wirtschaftspolitischen Zügen ausgestattet sein soll: darum eher in Richtung Labour-Party als in Richtung SPD.
- 17 vgl. Altvater/Kallscheuer, a.a.O., S. 31 ff.
- 18 *Quaderni della rivista trimestrale*, N. 62/63 (1980), »Afferrare Proteo per misurarsi col capitalismo«, verfaßt von A. Boitani, C. De Vincenti, A. Montebuglio, P.C. Padoan, G. Rodano, B. Spadoni, A. Zevi.
- 19 s. Anm. 1.
- 20 Das Substantiv 'Transformation' hat in der Presse und den Reden der italienischen Kommunisten weitgehend den Begriff der 'Revolution' ersetzt, während das Adjektiv der 'revolutionären' Partei interessanterweise beibehalten wurde. (Eine 'revolutionäre' Partei ist demnach eine Partei, die für die 'Transformation' der kapitalistischen Gesellschaft eintritt.) In Westdeutschland wird dieser Ausdruck von den KPI-Fans der 'Soz. Studiengruppen' zumeist mit 'gesellschaftliche Umgestaltung' übersetzt.